

Eine in europapolitischen Höhepunkten hyperaktive Zeit beschreibt der vorliegende Bericht der Landesregierung zu aktuellen europapolitischen Themen.

Die gute Nachricht nach der Europawahl ist, dass die frisch gewählten Rechtspopulisten es nicht schafften, eine Fraktion im Europaparlament zu bilden.

Die schlechte Nachricht ist, dass Bundeskanzlerin Merkel durch ihre Taktiererei um den Kommissionspräsidenten Juncker, dessen und die Position des Europäischen Parlaments geschwächt hat.

Es war doch vor der Wahl breiter Konsens, dass die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament den Kommissionspräsidenten stellen soll.

Was macht Frau Merkel?

Sie lässt ihren Parteifreund Juncker bis zum Schluss zappeln, statt dass sie durch ein frühes und klares Bekenntnis zur Abmachung vor der Wahl das unwürdige Gezerre der europäischen Staats- und Regierungschefs um den Posten des Kommissionspräsidenten beendet.

Damit hat sie ihn nachhaltig geschwächt, um ihren eigenen Einfluss in der EU nicht zur verringern!

Dabei hat Herr Juncker in seiner Vorstellungsrede vor dem europäischen Parlament durchaus bemerkenswerte Themen angesprochen:

- Er will sich beim Freihandelsabkommen TTIP für mehr Transparenz einsetzen
- Er will ein verbindliches Lobbyregister für die Europäischen Institutionen schaffen

- Er bekennt sich für die Schaffung von legalen Einwanderungsmöglichkeiten in die EU
- Und er wendet sich gegen eine dogmatische Austeritätspolitik.

Das sind gute Signale für ein solidarisches Europa!

Der Europabericht der Landesregierung zeigt deren Solidarität mit den den krisengeschüttelten Staaten schon jetzt deutlich auf:

Der Ministerpräsident hat unglaublich schnell die Initiative des Europaausschusses aufgegriffen und das Fachkräfteabkommen mit Katalonien vor einigen Wochen unterzeichnet.

Herzlichen Dank für dieses Zeichen der Solidarität.

Doch auch unsere Kammern am Oberrhein und Städte in Baden-Württemberg haben die Zeichen der Zeit erkannt und wollen den Regionen im Süden bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit helfen.

Bei unserem Besuch in Wiesloch vor einigen Wochen konnte ein grüne Delegation mit jungen Portugiesen aus der Partnerstadt Amarante und Unternehmensvertretern sprechen, die ihre bestehenden Netzwerke nutzten, um mit Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Region Wiesloch zu besetzen. Die Mobilitätsbereitschaft ist groß und wir konnten den Eindruck gewinnen, dass es bei diesem Projekt wirklich nur Gewinner gibt.

Wir müssen viel mehr noch die Baden-Württembergischen Städte und Gemeinden dazu ermuntern, ihre Städtepartnerschaften auch im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Ländern zu nutzen. Wenn Junge Menschen über Jahre keiner Arbeit nachgehen

können, werden wir über kurz oder lang mit den sozialen und menschlichen Problemen in viel größerem Ausmaß zu kämpfen haben. Deshalb ist sofortiges Handeln angesagt und nicht das Aussitzen!

Leider hat die Bundesregierung viel zu wenig Geld für MobiPro zur Verfügung gestellt. Dieses Programm sollte die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und den ausbildungsinteressierten jungen Menschen in der EU eine Chance in Deutschland ermöglichen.

Seit 8. April 2014 ist das Geld aufgebraucht und es werden seither auch keine Förderanträge mehr angenommen.

Damit hat man die Menschen in den südlichen Ländern, aber auch unsere Kammern und Arbeitgeber vor den Kopf gestoßen.

Die Bundesregierung muss hier mehr europäische Solidarität zeigen:

Denn eines ist ganz klar:

wir erhoffen uns natürlich win-win –Situationen, sowohl für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel in Spanien, als auch die Besetzung von freien Arbeitsstellen in Baden-Württemberg.

Letztlich steht durch den hiesigen Fachkräftemangel die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs auf dem Spiel.

Diese darf nicht durch mangelhafte Bundespolitik gefährdet werden!